



## Niederschrift

### 3. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.01.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

---

#### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	
Herr Klamke, Volker	SPD	Teilnahme bis 19:10 Uhr
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	Teilnahme für Herrn Gohlke bis 19:40 Uhr
Frau Benirschke, Eva	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Engels, Florian	SPD	Teilnahme ab 17:50 Uhr
Herr Lücke, Kevin	FDP/FP	
Frau Michalske-Acioglu, Anke	SPD	
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	Entschuldigt
---------------------	--------------------	--------------

Frau Wildgrube, Gudrun                      Schriftführerin

#### Gäste:

Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport
Frau Ewers, Josefine	FBL Schule und Sport
Herr Gessner, Torsten	BL Sport
Frau Lehmann, Carmen	FB Schule und Sport
Herr Bogel-Meyhöfer, Wolfgang	Staatliches Schulamt
Herr Richter, Bernd	Werksleiter KIS
Frau Dr. Sommer, Sigrid	BL Marketing
Herr Frerichs, Stefan	BL Wirtschaftsförderung
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat
Herr Schneider, Gerald	Schulleiter Grundschule am Pappelhain
Herr Pfennig, Peter	Elternvertreter Schule am Griebnitzsee
Herr Gruschka, Jens	DIE LINKE
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei
Frau Hein, Carola	MAZ
Herr Brunzlow, Jan	PNN

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 16.12.2008
- 2 Brandschutzsituation an Potsdamer Schulen  
u.a. Schule am Griebnitzsee
- 2.1 Information zum Bolzplatz Groß Glienicke
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/1004  
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Arbeitszeit Schulsekretärinnen  
Vorlage: 08/SVV/1010  
Fraktion DIE LINKE
- 4 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 16.12.2008**  
Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschussvorsitzende stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es gibt Änderungswünsche zu der mit der Einladung ausgereichten Tagesordnung.
- Herr Menzel** bittet darum, unter TOP Sonstiges Ausführungen dazu machen zu dürfen, mit welchen Themen sich der Bildungsausschuss befassen sollte.
- Herr Schröder** möchte TOP 4.1 vorziehen und als TOP 2.1 behandeln, da Herr Richter, Werksleiter KIS, zu beiden Punkten anwesend ist und die Sitzung anschließend verlassen könnte.
- Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.
- Frau Drohla** beantragt Rederecht für Herrn Schneider, Schulleiter der Grundschule am Pappelhain, zu TOP 3.2.
- Das Rederecht wird durch die Ausschussmitglieder einstimmig bestätigt.
- Es gibt keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung vom 16.12.2008. Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 16.12.2008 in der vorliegenden Fassung zu.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7 einstimmig

**zu 2****Brandschutzsituation an Potsdamer Schulen  
u.a. Schule am Griebnitzsee**

**Herr Richter** geht auf die Ausgangssituation Anfang der 90iger Jahre ein, in denen es um die Grundsicherung von Schulobjekten ging. Brandschutz sei ein Thema gewesen. Auf Grund der Prioritätensetzung war die Möglichkeit der Umsetzung jedoch nicht gegeben. 1999 wurde die Schulbaurichtlinie eingeführt, welche bis heute für Bestandsgebäude nicht verbindlich umgesetzt sei. Mit Einführung des KIS wurde 2006, in Abstimmung mit den Fachbereichen Schule/ Sport und Jugendamt, eine Prioritätenliste erstellt, in der Brandschutz in Kitas und Schulen mit erster Priorität dargestellt seien. Es wurden entsprechende Investitionsprogramme erstellt und von der SVV beschlossen. Das Investitionsprogramm 2008 bis 2012 weise ein Investitionsvolumen von über 65 Mio. € aus, wobei Brandschutz Priorität habe. Gegenwärtig sei die Bauaufsicht dabei, Abweichungen zu gesetzlichen Forderungen festzustellen. Es sei beabsichtigt, 2009 mit der Umsetzung von Sicherheitsauflagen an 13 Schulen zu beginnen. Dafür seien im Investitionsplan 2009 bis 2012 zusätzliche Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € vorgesehen. Die Einzelmaßnahmen werde KIS mit der Bauaufsicht und dem Fachbereich Schule und Sport abstimmen. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde morgen Thema in der Beigeordnetenkonferenz sein und der SVV zugehen.

**Herr Klamke** fragt nach, ob man auch personell darauf vorbereitet sei, die vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.

**Herr Richter** erklärt, dass der Entwurf des Wirtschaftsplanes KIS auch personelle Veränderungen vorsehe, so dass man auch auf die Umsetzung des angekündigten Konjunkturprogramms II vorbereitet sei.

Es schließen sich weitere Fragen der Ausschussmitglieder zur Umsetzung in den Schulen an.

**Herr Richter** beantwortet die Fragen und räumt ein, dass es bis zum Abschluss der Brandschutzmaßnahmen zu Nutzungseinschränkungen in Schulen kommen könne. Aufgabe der Verwaltung sei es, durch Umorganisation den Schulbetrieb sicherzustellen.

**Frau Engel- Fürstberger** möchte wissen, ob beabsichtigt sei, Brandschutzmaßnahmen aus PPP-Modellen zu finanzieren.

**Herr Richter** schließt dies wegen des längeren zeitlichen Vorlaufs aus.

**zu 2.1****Information zum Bolzplatz Groß Glienicke**

**Herr Gessner** informiert über den aktuellen Sachstand. Das Verwaltungsgericht habe den Verfahrensgegnern eine Einigung im Wege einer Mediation vorgeschlagen. Die Landeshauptstadt Potsdam, als Beklagte, habe dem zugestimmt. Derzeit sei nicht bekannt, wie sich die Klägerseite entscheiden werde. Sie habe sich zu Mediationsverfahren und Gutachten zu erklären.

**Herr Menzel** fragt nach, ob es einen Termin gebe.

**Frau Ewers** verneint.

**Herr Menzel** verweist auf den Beschluss des Ortsbeirates Groß Glienicke. Er fragt, ob man den B-Plan nicht entsprechend ändern könne.

**Herr Schröder** erklärt, dass diese Frage zuständigkeitshalber an den Geschäftsbereich 4 zu richten sei und empfiehlt eine entsprechende Anfrage zum Sachstand an die Verwaltung zu stellen.

**Herr Menzel** möchte wissen, ob es weitere Spiel- oder Bolzplätze mit ähnlicher Sachlage gebe.

**Frau Ewers** erklärt, dass keine offiziellen Beschwerden vorlägen.

**Frau Benirschke** wisse, dass die Nutzung von Plätzen wegen Lärmschutz untersagt sei.

**Frau Fischer** stellt klar, dass Spielplätze vom Geschäftsbereich 4 verwaltet werden. Aktuelle Beschwerden seien nicht bekannt. Auf Bitten von Sportvereinen habe man Sportplätze und Turnhallen in den Ferien geöffnet.

**Herr Richter** ergänzt, dass für Sportvereine, wo Verantwortliche da seien, Turnhallen und Sportplätze zur Verfügung gestellt werden. Aus Sicherheitsgründen und wegen Vandalismus würden Plätze nicht zur allgemeinen Nutzung freigegeben.

zu 3  
zu 3.1

**Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung  
Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/1004**

**Frau Dr. Sommer**, Bereichsleiterin Marketing/Kommunikation, erklärt, dass die eingeladene Mitarbeiterin erkrankt sei. Seit 2003 ist das Thema Wissenschaft ein Marketingschwerpunkt der Landeshauptstadt Potsdam. Im Jahr 2008 wurde eine Stelle Wissenschafts-PR eingerichtet, die mit Genehmigung des Haushaltes auf 30 Stunden aufgestockt werden soll. Diese Stelle ist Schnittstelle zum Verein proWissen Potsdam e. V., der alle wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Hochschulen vernetzt. Die institutionelle Kooperation mit den Hochschulen ist also gegeben. Das Welcome-Center im Bürgerservice ist Ansprechpartner für ausländische Studenten und ausländische Wissenschaftler. Außerdem wird im Bereich Wirtschaftsförderung das Thema Standortentwicklung/Standortmarketing Wissenschaft ebenso in Kooperation mit Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen bearbeitet.

**Dr. Steinicke** fragt, ob es eine Arbeitsplatzbeschreibung für die Stelle Wissenschafts-PR gebe.

**Frau Dr. Sommer** bejaht.

**Herr Wollenberg** verweist auf die große Zahl der Studierenden in Potsdam. Die Universitätsstandorte seien außerhalb. In der Stadt finde wenig studentisches Leben statt. Für Studenten würden wenige Wohnungen angeboten. Der/die Hochschulbeauftragte sollte koordinierend tätig werden.

**Frau Dr. Sommer** verweist auf das Begrüßungsgeld für Studierende. Der Oberbürgermeister habe Gespräche mit Vertretern des ASTA geführt. Es gebe Gren-

zen dafür, was Verwaltung regeln könne. Als Ansprechpartner stehe man zur Verfügung.

**Frau Drohla** beantragt Rederecht für Herrn Gruschka, als Referenten für Sozialpolitik im ASTA Potsdam.

**Herr Gruschka** erklärt, das Problem bestehe darin, dass es viele Ansprechpartner gebe, die oft nicht zuständig seien. Der Antrag solle dazu dienen, eine zentrale Stelle einzurichten, um dem entgegenzuwirken.

**Herr Wollenberg** glaubt, dass die Stelle PR Marketing nicht ausreichend sei, um dem Anliegen des Antrages zu entsprechen. Er schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und dem Bildungsausschuss zunächst die Arbeitsplatzbeschreibung vorzulegen.

**Herr Frerichs** meint, dem Ansinnen des Antrages könne vom Inhalt her grundsätzlich zugestimmt werden. Es werde aber bereits jetzt auf der Arbeitsebene der Wirtschaftsförderung intensiv mit der Universität sowie den Hochschulen und Instituten kooperiert. Diese Arbeit müsse aber dringend intensiviert werden, um die operative Ebene zur gemeinsamen Entwicklung des „Wissenschaftsstandortes Potsdam“ zu stärken. Beispiele sind aktuell schon die Zusammenarbeit mit der Universität und den Instituten zum Standortmanagement Golm und die Zusammenarbeit mit dem HPI zum Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie. Er habe daher bereits im Juni 2008 für die Stellenplanung 2009-2012 eine Stelle mit entsprechender Zielstellung erbeten.

**Frau Fischer** schlägt vor, dass die SVV mit dem Haushalt 2009 eine Entscheidung treffen solle.

**Frau Drohla** bittet darum, den **Antrag zurückzustellen** und **mit der Niederschrift zur Sitzung die Arbeitsplatzbeschreibung auszureichen**, um dann entscheiden zu können.

### zu 3.2 **Arbeitszeit Schulsekretärinnen**

#### **Vorlage: 08/SVV/1010**

**Herr Schneider**, Schulleiter der Grundschule am Pappelhain, trägt im Namen der im Netzwerk 4 organisierten Schulen, 5 Punkte zum Sachverhalt vor. Das Schreiben vom 20.01.2009, welches an den Fachbereich Schule und Sport gerichtet ist, wurde als Tischvorlage ausgereicht.

**Frau Fischer** verweist darauf, dass in Vorbereitung der Sitzung Material durch den Fachbereich Schule und Sport ausgereicht wurde. Von dem Schreiben, der im Netzwerk 4 organisierten Schulen, erhält die Verwaltung erst jetzt Kenntnis. Sie spricht sich dafür aus, zu überprüfen, ob die vorhandenen Sekretärinnenstunden ausreichen oder ob aufzustocken sei. Eine Erhöhung auf 30 Wochenstunden für alle Schulen bedeute eine Erhöhung von 150 Wochenstunden insgesamt. Das entspräche 140 T€, die in den Haushalt einzustellen wären. Wenn man es wolle müsse man überlegen, woher das Geld komme. Die Umsetzung zum Schuljahr 2009/2010 hätte organisatorische Maßnahmen, bis hin zur Stellenausschreibung, zur Folge.

**Herr Schröder** verweist auf die ausgereichte Übersicht der Verwaltung. Zu beachten seien bestehende Arbeitsverträge. Er rät zu Vorsicht bei der pro Kopf Erhöhung auf 30 Wochenstunden. Viele Sekretärinnen hätten einen Arbeitsvertrag für 40 Wochenstunden und seien an zwei Schulen mit je 20 Wochenstunden tä-

tig.

**Frau Drohla** verweist auf Widersprüche des Sekretärinneneinsatzes der Schuljahre 2007/2008 zu 2008/2009 im Vergleich zu den Schülerzahlen.

**Frau Lehmann**, erklärt, dass es jedes Jahr eine logistische Herausforderung sei, die zur Verfügung stehenden Personen mit ihren jeweiligen Stunden entsprechend einzusetzen. Man habe eine Anzahl erforderlicher Stunden und eine bestimmte Anzahl von Sekretärinnen mit bestimmten Arbeitsverträgen in Abstimmung zu bringen. Um Ruhe in den Schulen zu halten, habe man im letzten Schuljahr keine Schulsekretärin umgesetzt. Auch für die Schulen sei es ein großer Aufwand, wenn die Sekretärin jedes Jahr wechselt.

**Frau Dr. Orlowski** spricht sich dafür aus, dass Schulen mit Ganzttag und Flex größere Unterstützung erhalten sollten.

**Frau Engel-Fürstberger** meint, die Verwaltung solle versuchen, ein Modell zu entwickeln, welches ohne Wechsel der Sekretärinnen über Jahre funktionieren könne.

**Frau Fischer** könnte sich vorstellen, die Stundenzahl so anzupassen, dass für jede Schule 30 Wochenstunden zur Verfügung stünden.

**Frau Ewers** ergänzt, das entspräche 3.5 Stellen. Es müssten 4 Einstellungen bzw. die Aufstockung vorhandener Arbeitsverträge erfolgen. Das wäre nicht sofort zu leisten.

**Herr Schröder** erklärt, dass im ersten Schritt der Antrag zu Ende diskutiert werden sollte. Anschließend sollte die Verwaltung ein Konzept erstellen.

**Herr Lücke** meint, dass die Erhöhung der Arbeitszeit das Problem nicht löse.

**Frau Dr. Orlowski** verweist auf die letzte Ausschusssitzung. Sie habe den Antrag gestellt, auch über Hausmeister und Schulträgerangelegenheiten insgesamt zu diskutieren.

**Frau Fischer** erklärt, dass die Hausmeister dem KIS unterstellt seien. Wenn man über Schulträgerangelegenheiten sprechen wolle, müsse man der Verwaltung Zeit geben, weil man sich abstimmen müsse.

**Frau Benirschke** meint es sei wünschenswert, dass die Sekretärin, als Seele der Schule, über Jahre an einer Schule bleibe.

**Herr Menzel** wünscht auch über Schulreinigung zu sprechen, wenn man über Schulträgerangelegenheiten rede.

**Herr Dr. Steinicke** bemerkt, dass man einer Problemlösung nicht näher komme, wenn man es als aufgeblähten Komplex behandle. Man käme weiter, wenn man die Dinge einzeln betrachte.

**Herr Schröder** fragt, ob noch Redebedarf zum Antrag bestehe. In der Sitzung am 16.12.2009 habe man sich dazu verständigt, den Zwischenbericht im April 2009 vorzulegen.

**Frau Fischer** meint, man sollte als Termin Mai 2009 festlegen. Für ein Umset-

zungskonzept benötige die Verwaltung Bearbeitungszeit. Wenn im Haushalt Mittel eingestellt werden sollen, bedürfe dies eines entsprechenden haushaltsbegleitenden Beschlusses. Zur Reinigung lägen der Verwaltung keine aktuellen Beschwerden vor. Sie bittet die Ausschussmitglieder darum, den Bildungsausschuss nicht mit Problemen zu belasten, die durch Kontaktaufnahme mit den zuständigen Verwaltungsmitarbeitern geklärt werden können.

**Herr Wollenberg** bemerkt, dass ein Zwischenbericht verlangt war. Wenn die Verwaltung bis Mai 2009 ein Konzept vorlege, sei man einverstanden.

**Herr Schröder** fragt die Antragsteller, ob ihnen der heutige Zwischenbericht ausreiche, ob sie einen neuen Zwischenbericht oder ein Umsetzungskonzept wollen.

**Frau Engel-Fürstberger** könne dem Antrag so nicht zustimmen, weil er haushaltsrelevant sei.

**Herr Schöder** unterbricht die Sitzung für 5 Minuten, damit sich die Antragsteller zu einem geänderten Antragstext verständigen können.

**Frau Drohla** trägt einen **geänderten Antragstext** vor:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Arbeitsplatzbeschreibung für Schulsekretärinnen von 2005 bis zum Mai 2009 ein Konzept zur differenzierten Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Schulsekretärinnen zu erstellen. Damit sollen die Stundenzahlen den veränderten Erfordernissen des Schulalltags angepasst werden.**

**Die Bereitstellung der finanziellen Mittel ist im Rahmen der Haushaltsberatung 2009 zu klären.**

**Frau Ewers** erklärt, dass der Antrag handhabbar sein müsse. 150 Wochenstunden wären 30 Wochenstunden für alle Schulen. Das entspräche nicht einer differenzierten Betrachtung. Es sei nicht klar, was gewollt sei.

**Herr Lücke** stellt fest, man habe zu wenig Personal in den Schulen um die Sekretariate in benötigten Zeiten zu besetzen. Die Erhöhung der Stunden werde dem nicht gerecht.

**Herr Dr. Steinicke** erklärt, dass rund 150 T€ ein konkreter Ansatz seien. Es müsse möglich sein, ihn in zwei Monaten so zu konkretisieren, dass er in die Haushaltsdebatte einfließen könne.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass die Verwaltung mit dem heutigen Zwischenbericht deutlich gemacht habe, dass eine Erhöhung auf 30 Wochenstunden denkbar wäre und das Problem lösen könnte. Wenn mit dem Haushalt 150 Tausend € beschlossen würden, könne die Umsetzung erfolgen. Die Verwaltung könne das Konzept erstellen, welches ab September 2009 umgesetzt werden könnte.

**Frau Ewers** erklärt, dass die Mehrheit aller Grundschulen mit 20 Wochenstunden vormittags besetzt seien. Eine Sekretärin mit einem Arbeitsvertrag für 40 Wochenstunden könne vormittags nur an einer Schule arbeiten. Man müsse neues Personal für die weiterführenden Schulen einstellen.

**Herr Schröder** meint, dass man durch neu einzustellende Halbtagskräfte flexibler wäre. Er lässt den geänderten Antragstext abstimmen.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Arbeitsplatzbeschreibung für Schulsekretärinnen von 2005 bis zum Mai 2009 ein Konzept zur differenzierten Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Schulsekretärinnen zu erstellen. Damit sollen die Stundenzahlen den veränderten Erfordernissen des Schulalltags angepasst werden.**

**Die Bereitstellung der finanziellen Mittel ist im Rahmen der Haushaltsberatung 2009 zu klären.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4

**Sonstiges**

**Herr Menzel** verweist auf eine Beratung im Landeselternrat. Dort wurden Themen angesprochen, die er gern im Ausschuss für Bildung und Sport thematisieren und behandeln möchte:

- PISA - Auswirkungen in Potsdam  
(wie kann der Schulträger tätig werden, Verbesserung der Lesekompetenz aktuelle Bibliotheken an Schulen)
- Auswirkungen der Sprachstandfeststellung
- Konjunkturprogramm II  
(Ankündigung eines neuen Schulbuchkaufprogramms, Verwaltung sollte prüfen, wie der Bedarf der Schulen ist)
- Ganztagskonzepte der Schulen

**(Abgleich der Konzepte mit dem Ist-Zustand, welche Schulen bieten echten Ganzttag an und sollten bewusst gefördert werden)**

**Frau Ewers** informiert, dass PISA ein Landesthema sei. Sie bittet darum, sich an den Bildungsausschuss des Landes zu wenden.

**Frau Dr. Orlowski** empfiehlt die Lektüre PISA E.

**Frau Drohla** erklärt, dass Frau Figiel den Jugendhilfeausschuss zur Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung informiert habe. Eine Information im Bildungsausschuss würde sie begrüßen. Zum Ganzttag wünsche sie eine Übersicht der Verwaltung dazu, welche Projekte finanziell abgeschlossen und gesichert seien, welche Projekte noch liefen und wo es Probleme gebe.

**Frau Fischer** bittet darum, bei Ganzttag zwischen Investitionen und Projekten zu trennen. Nicht alle Dinge, die im Konzept dargestellt werden sind gefördert worden.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Ausschussbetreuerin